

Krise der Demokratie und Demokratisierung des Ökonomischen

Auch wenn die Entwicklungen in den Staaten des europäischen und amerikanischen Kontinents unterschiedlich verlaufen, ist die Krise der Demokratien des entwickelten Kapitalismus nicht mehr zu übersehen. Politikwissenschaftler*innen wie Wolfgang Merkel (2024: 18) diagnostizieren einen „Abwärtstrend der Demokratie“ und Jahre „des kontinuierlichen Qualitätsverlusts selbst der besten Demokratien“. Auch lange stabile Modelle der politischen Demokratie geraten vor allem von zwei Seiten unter Druck: Zum einen gefährdet ein weit verbreiteter Aufschwung rechtspopulistischer und völkisch-nationalistischer Kräfte die Mindeststandards demokratischer Prozeduren und Kulturen. Wachsende Zustimmungswerte, mehr Sitze in den Parlamenten bis hin zu Regierungsbeteiligungen sind die sichtbaren Zeichen dieser Entwicklung. Zugleich tun sich demokratisch legitimierte Regierungen schwer, die gegenwärtige Ökonomie in sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungsmodelle zu transferieren. Hinzu kommen Herausforderungen wie globale Migration oder externe Schocks wie die Corona-Pandemie oder die geopolitischen Turbulenzen im Zuge des Ukraine-Krieges. Zweifel an der Handlungsfähigkeit und Krisenlösungskompetenz der Politik werden in rechten Narrativen von den korrupten Eliten aufgegriffen und zur Delegitimierung der politischen Repräsentation genutzt.

***Prof. Dr. Hans-Jürgen Urban** ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall sowie Honorarprofessor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller Universität in Jena.*

Dieser Artikel steht nur in der Kaufversion der Zeitschrift vorgänge zur Verfügung. Sie können das Heft im [Online-Shop der Humanistischen Union](#) erwerben: die Druckausgabe für 14.- € zzgl. Versand, die PDF-/Online-Version für 5.- €.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-252/publikation/krise-der-demokratie-und-demokratisierung-des-oekonomischen/>

Abgerufen am: 16.08.2026